

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Freitag, 9. September 1927.

Nr. 211.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (rüb)

Ein sonderbarer Friedensengel.

Wenn ein passionierter Käufer und Kra-
pphollbruder plötzlich zum Fürsprecher friedlichen
Zusammenlebens wird und über jeden Frieden-
störer den Stab brechen will, dann wird er
sicher ein gläubiges Publikum finden. Man
wird mit Recht hinter seinen Reden heimtücki-
sche Pläne vermuten oder doch der Ansicht sein,
daß der Wolf die Zähne verliert und nun gegen
das Vieh ist. So ungefähr ergreift es den Be-
treiber des polnischen Staates, die
den Völkerbund und Europa durchaus mit
einem Friedenspakt beglücken wollen und den
Krieg als unmoralische und verdammenswerte
Handlung hinstellen. Nun ist das Vorgehen
Polens sicher nicht ohne Beispiel in der Ge-
schichte. Immer haben sich die Friedensstörer
und Unruhehitzer gern als die Apostel des
Friedens und der Veröhnung aufgeführt, und
jeder Staat könnte da Beispiele liefern. Der
Franzose Ludwig XIV. und Friedrich II. von
Preußen haben es verstanden, ihre Raubkriege
als verzweifelte Abwehrkämpfe des unschuldig
Ingegriffenen hinzustellen. Bismarck hat sich
mit Vorliebe als Demokrat deklariert, wenn er
ein Oktroi in der Tasche hatte, und sah es gern,
wenn den Krieg der „andere“ erklärte; nicht
anders ging Napoleon III. vor und Eduard
VII. ließ sich ebenso als „Friedensmacher“
feiern, wie Wilhelm II. den Friedenskaiser
nimmte. Oder denken wir an den mit dem pol-
nischen Vorgehen die meiste Ähnlichkeit auf-
weisenden Fall der Schaffung des Haager
Schiedsgerichts; bei der der blutige Zar Niko-
laus Rate gestanden hätte. Nicht immer stehen
sich die Völker durch mehr oder minder gut
feststimmte Friedensengel dazwischen, oft aber
nehmen sie die Sache und die Person ernst, wie
etwa im Falle Wilsons, in dem nur die weni-
gen das erkannten, was er war, das Werkzeug
des brutalen amerikanischen Rüstungs- und
Finanzkapitals.

Polen wird so leicht niemandem als ein
Hort des Friedens und der Veröhnungspolitit
erscheinen. Unter den militarisierten
Staaten Europas ist es wohl einer der
meritallisten. Die Regierung gründet ihre
Macht auf die Armee, ein General, der
durch einen Putsch zur Macht kam, ist der wenig
gehemmte Diktator des Staates. Polen hält
hunderttausende unter Waffen, nährt in seiner
Bevölkerung nicht nur die kriegerischen In-
stinkte, sondern auch alle größtewahnsinnigen
Eroberungsideen, die das polnische Bürgertum
von den Schlachtrichtern geerbt hat, es bedroht seit
seinem Bestehen seine Nachbarn, obwohl es sich
schon in Versailles eher übergeben hat, als daß
es zu kurz gekommen wäre. Polen hat durch die
Gnade Poincares deutsche Teile Oberschlesiens
annektieren dürfen, es hat in das fleisch
Deutschlands den unerträglichsten Pfahl des
Danziger Korridors gerannt, es hat den Vi-
tauern ihre Hauptstadt Wilna einfach wegge-
nommen, hat weißrussische Gebiete annektiert,
es unterdrückt einige Millionen Ruthenen und
hat sich der Tschechoslowakei gegenüber auch nicht
immer als treuer Freund bewährt. Es vergeht
kaum eine Woche, daß Polen nicht an einen
seiner Nachbarn eine Note oder ein Ultimatum
richtete. Nirgends in Europa, selbst in Rom
nicht, raffelt man so gern und so oft mit dem
Säbel wie in Warschau. Und nun kommt von
dort das Angebot eines Friedenspaktes, der
den Krieg als Lösung zwischenstaatlicher Kon-
flikte ausschalten und die Grenzen der ange-
schlossenen Staaten unter die Garantie aller
Unterzeichner und des Völkerbundes stellen soll.

Es ist nur zu leicht begreiflich, daß nie-
mand fragt, ob der Gedanke, den die polnische
Regierung entwickelt, gut oder schlecht, brauch-
bar oder utopisch ist, sondern, daß sich jedem
die Frage aufdrängt: Welchen Zweck ver-
folgt Polen eigentlich mit dem Vorschlag?
Die Frage ist natürlich nicht schwer zu beant-
worten. Die für Polen in Betracht kommenden
Hauptgegner sind Deutschland und Rußland.
Die Möglichkeit, mit beiden zugleich Krieg

führen zu müssen, schwebt den polnischen Poli-
tikern als eine ernste Gefahr vor Augen. Sie
wähnten sich gegen sie gesichert, solange die dicke
Freundschaft mit den Siegermächten im Westen
anhält und, was immer in Warschau gebunden
ward, auch in Paris als gebunden galt. Mit
dem Abschluß der Locarno-Verträge änderte sich
die Lage Polens von Grund auf. Die West-
mächte leisteten der deutschen Forderung, die
Ostgrenze Deutschlands von der Garantie aus-
zuschließen, keinen nennenswerten Widerstand;
in England vor allem war man überzeugt, daß
die polnisch-deutsche Grenze re-
visionsbedürftig sei. In Deutschland hat
man kein Hehl daraus gemacht, daß man sich
mit der unglücklichen Ostgrenze, wie sie in Ver-
sailles gezogen wurde, nicht abfinden kann. Was
sollte Polen in dieser Lage tun? Angebliche
Pazifisten, die in Wahrheit nur hirnkräftige
Illusionisten sind, wie der trotz seinen unum-
strittenen Verdiensten heute nicht mehr ernst zu
nehmende Dr. W. Förster, erteilten Polen
den Rat, zu rüsten und wieder zu rüsten. Aber
das kostet mehr Geld, als der polnische Arbeiter
und Bauer dem Regime des Generals Pilsud-
ski auf die Dauer zahlen kann. Und schließlich
waren noch immer viele Hundte des Hohen
Tods. Ein Staat, der unter fünf Nachbarn kaum einen
hat, der ihm nicht feindlich gesinnt ist, wird mit
dem Rüsten allein seine Sorgen nicht bannen
können.

So entspringt Polens Friedensseh-
sucht im Grunde seiner Angst. Was es in
Locarno nicht erreichte, will es nun in Genf
erreichen, die internationale, mit den Unter-
schritten Chamberlains und Briandens gedachte
Garantie seiner Grenzen. Es hat bei diesem
Plan vor allem die Unterstützung Poin-
cares und seiner Clique gefunden, die
Deutschland auch im Osten den freiwilligen Ver-
zicht auf jede Wiedergutmachung aufzwingen
will. Es stieß auf den Widerstand Englands,
dem eine allgemeine Grenzgarantie aus mehr
als einem Grunde zuwider ist. England sieht in
der Möglichkeit mitteleuropäischer Grenzver-
schiebungen die Möglichkeit unzähliger Kombi-
nationen und Schwächjüge gegeben, die der eng-
lischen Politik gelegentlich nützen können. Eng-
land will ferner nicht durch ein Stück Papier
in einen Krieg zur Rettung des polnischen
Korridors getrieben werden und England will
schließlich Deutschland nicht in die Arme Ruß-
lands treiben, sondern eher mit polnischem Land
für ein antirussisches Bündnis bezahlen.

Die Aktien der Herren Jaseki und Sosal
standen in Genf nicht besonders hoch im Kurs
und der polnische Vorschlag galt schon als ge-
scheitert. Da kam ihm unerwartete und vielleicht
unbeabsichtigte Hilfe. Die kleinen Staa-
ten sind seit langem über den Völkerbund ver-
bittert; sie leben in ihm ein Instrument der
Großmächte, die ihn bald für ihr Zwecke nützen,
bald beiseite schieben. Die kleinen Staaten,
vor allem die skandinavischen, meinen es ernst
mit der Abrüstung, können ein Vertrauen und
ständige Kriegsgefahr nicht vertragen, sie wollen
erstlich die Befriedung Europas. Verärgert
durch das Scheitern der Abrüstungskonferenz,
durch Englands Willkürpolitit und durch
Deutschlands willige Unterstützung der eng-
lischen Pläne, beschlossen die Kleinstaaten, in
Genf zum Angriff überzugehen. So kam es
zur Aktion Hollands, das den Vor-
schlag Macdonalds, das „Genfer
Protokoll“ von 1924, wieder auf die Tages-
ordnung brachte. Und nun wird Chamberlain,
tatsächlich in Verlegenheit gebracht und auf dem
Brett der Völkerbunddiplomatie vorläufig
matt gesetzt, vielleicht den polnischen Vorschlag
schlucken, um nicht den holländischen annehmen
zu müssen.

Denn — das muß gegenüber anderen Aus-
legungen festgehalten werden — Polen und
Holland wollen durchaus nicht das-
selbe. Der holländische Vorschlag will die
Grenzgarantie und die Ausschaltung des Krie-
ges als völkerrechtliches Kampfmittel in engem
Zusammenhang mit der internationalen Ab-
rüstung erreichen. Er ist also wirklich
gegen den Krieg (was England unan-
nehmbar scheint), er will, daß der Vertrag kein

Jeden Papier bleibt, sondern daß ihm die Tat
der Abrüstung folge. Polen preist auf die Ab-
rüstung. Es will eine Grenzgarantie, um seine
Deutschlands Angriffsstift zu zähmen, um seine
Eroberungen zu sichern. Es stellt sich auf den
Standpunkt, jetzt sei genug geraubt, endlich
müsse Frieden herrschen, und da sei es am
besten, den Raub von 1919 einfach zu legali-
sieren, Deutschland müßte nun auf dem Stand-
punkt stehen, wenn schon Grenzgarantie, dann
mit Abrüstung, England aber sieht die Grenz-
garantie ohne Abrüstung als das kleinere Uebel
an. Darum wird wahrscheinlich der Vor-
schlag Hollands mit einem Erfolge
der Polen enden.

Ein Blick in die polnische Presse zeigt, was
dieser Erfolg bedeuten wird. Die nationalistische
Presse Polens redet seit Tagen nur von Krieg,
Angriff und Eroberung. Die Ober als pol-

nische Grenze, Annerion Ostpreußens und Dan-
zigs, ganz Oberschlesiens und Tschechisch-Lo-
schens, Mowos und überhaupt ganz Litauens,
das sind so die Gedanken, die den Abkömm-
lingen der großen Schlachten und den Vertretern
des „pazifistischen“ polnischen Bürgertums ein-
fallen, wenn sie von einem Friedenspakt
und von einer Grenzgarantie (nämlich
der jeweils eroberten polnischen Grenze) hören.
Grenzgarantie unter Beibehaltung der großen
Heere der Siegermächte, Friedenspakt auf An-
erkennung Pilsudkis und Poincares, das sind
Wörter, für die man so wenig dankbar sein kann,
so wenig man die Geschenke der Donauer anneh-
men soll. Und der Völkerbund, der seinen Seg-
gen zu dem Geschäft gibt, bei dem die Abnungs-
losen den Gerissenen auf den Leim gegangen
sind, wird unter solchen Umständen vollends auf
den Hund kommen.

„Der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen.“

Der polnische Antrag in Genf.

Genf, 8. September. (Helv.) Der Text der
Resolution, den der Führer der polnischen Dele-
gation Sosal am Freitag auf Grund der heute
abends aus Warschau erhaltenen Instruktionen
der Völkerbundsversammlung unterbreiten wird,
hat folgenden Wortlaut:

Die Versammlung anerkennt die Solida-
rität, welche die Völkergemeinschaft eint. Sie
ist von dem besten Willen besetzt, die Anrecht-
erhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern
und sie stellt fest, daß der Angriffskrieg
niemals als Mittel zur Regelung
internationaler Konflikte die-
nen darf und daher ein internatio-
nales Verbrechen darstellt. In der Er-
wägung, daß ein feierlicher Verzicht auf jeden
Krieg geeignet wäre, eine Atmosphäre des all-
gemeinen Vertrauens zu schaffen und die
Durchführung des Programmes zur Vorberei-
tung der Abrüstung zu erleichtern, erklärt die
Versammlung folgendes: Jeder An-
griffskrieg ist und bleibt ver-
boten. Die Völkerbundsversammlung er-
klärt, daß für alle Staaten, die Mitglieder des
Völkerbundes sind, die Verpflichtung besteht,
sich diesem Prinzip zu unterwerfen und läßt

deshalb die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes
ein, Nichtangriffspakt abzuschließen, welche
von der Idee inspiriert sind, daß alle fried-
lichen Mittel für die Regelung internationaler
Konflikte, welcher Natur sie auch immer seien,
angewandt werden müssen.

Nach den aus Warschau erhaltenen In-
struktionen wird die polnische Delegation den
Vertretern der Großmächte obigen Text offiziell
mit der Erklärung übermittelt, daß derselbe das
Maximum an Konzessionen darstelle, welche die
polnische Regierung gegenüber den ursprüng-
lichen Anträgen machen könne.

Wenn dieser polnische Antrag auf die Oppo-
sition einer Großmacht stoßen sollte, so wird Mi-
nister Sosal der Völkerbundsversammlung seinen
genauen Text unterbreiten, sondern für seine De-
legation das Recht vorbehalten, in der Dritten
Kommission der Versammlung, die sich mit den
Frage der Sicherheit und Abrüstung befaßt, das
ursprüngliche polnische Projekt vorzulegen.

Wie man erfährt, soll sich die französische De-
legation mit dem Texte des polnischen Antrages
einermaßen erklärt haben. Tagesverlautet, daß
Sir Austen Chamberlain Einwendungen da-
gegen geltend gemacht hätte.

Um den polnischen Pakt.

Berlin, 8. September. Es ist gelungen, in
den Besprechungen der Großmächte die pol-
nische Resolution so abzuändern,
daß Deutschland sich an ihrer Einbringung
beteiligen kann. Wie die Blätter erfahren,
werden zunächst Polen, Frankreich, Eng-
land und Deutschland die Resolution
einbringen. Die Beteiligung Italiens und
Japans ist noch ungewiß. Reichsaußen-
minister Dr. Stresemann dürfte morgen vor-
mittags zu der Sache sprechen. Vielleicht kann
er morgen abends nach Berlin abreisen, um an
der Kabinensitzung am Samstag teilzunehmen,
die auf alle Fälle stattfindet. Heute nachmittags
um 3 Uhr ist eine Ratstagung angesetzt, worin
der Bericht der Mandatskommission vorgebracht
werden wird, mit dem Bemerkung, daß ein ständiger
Sitz mehr geschaffen und dieser Deutschland
übertragen werden soll.

Deutsch-polnische Auseinandersetzung.

Die Frage der polnischen Kriegsschiffe im
Hafen von Danzig.

Genf, 8. September. (Tsch. P.-B.) Heute
nachmittags trat der Völkerbundsrat zum ersten
Male in dieser Woche zu einer Sitzung zusam-
men, die zwei deutsche Interessen berührende
Frage auf der Tagesordnung hatte. Zunächst
wurde nach dem umfangreichen Bericht des hol-
ländischen Ratsmitgliedes Voelaerts van Blok-
land über die ständige Mandatskommission die
Erhöhung der Mitgliederzahl dieses Ausschusses
von 9 auf 10 genehmigt, womit der für das
deutsche Mitglied vorgesehene Sitz im
Mandatsauschuß geschaffen ist.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, der
den polnischen Angelegenheiten in Danzig betrifft,
kam insofern im polnischen Sinne zur Entschei-
dung, als Polen mit seinem Wunsche durchbrang,

die Frage in dieser Ratstagung nicht zu ver-
handeln. Inzwischen forderte der Berichterstatter
Villegas eine Vorbereitung der Frage für die
Dezembertagung, so daß sie dann endgültig ent-
schieden werden kann, und es wurden nach einer
etwas ungelassenen Debatte, in die neben dem
Danziger Senatspräsidenten Dr. Salm und
dem polnischen Delegierten Straßburger
Reichsaußenminister Dr. Stresemann wieder-
holt eingriff, beschlossen, daß Polen bis zum
15. Oktober l. J. seinen Standpunkt schriftlich
darzulegen habe, daß bis zum 15. November
direkte Einigungsverhandlungen zwischen den
beiden Parteien in Danzig durchzuführen seien
und daß, wenn diese nicht zum Ziele führen, der
Marineunterauschuß des Völkerbundes noch vor
der Dezembertagung festzustellen habe, ob der
Hafen von Gdingen im Sinne der Danziger
Erklärung soweit vollendet ist, daß das Provi-
sorium des Anlegehafens für polnische Kriegs-
schiffe entsprechend dem Danziger Antrag beendet
werden kann. Einigkeit bestand darüber, daß
Polen auch dann jederzeit Gelegenheit haben
würde, seine Kriegsschiffe unter Beobachtung
der internationalen Regeln auf Danziger Werften
reparieren zu lassen.

Das imperialistische Italien.

Rom, 8. September. Kolonialminister
Federzoni hielt gestern in Mailand auf
dem italienischen Geographenkongreß eine Rede,
in der er die Verdienste der Italiener um die
Erforschung der verschiedenen Kontinente auf-
zählte und zum Schluß die Forderung auf-
stellte, daß, wenn jemals eine Revision des
jetzigen Kolonialbesitzes erfolgen sollte,
Italien vor allen anderen Nationen an er-
ster Stelle berücksichtigt werden
müsse.

